

Memo an eine Arbeitsgruppe

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 4

PDF erstellt am: **11.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347692>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Profil

Richard Lienhard

Memo an eine Arbeitsgruppe

Zur Parteiprogrammrevision



Mit dem Entwurf für ein neues sozialdemokratisches Parteiprogramm befasst sich schon seit Jahr und Tag eine von der Geschäftsleitung der SPS eingesetzte Arbeitsgruppe. Anstoss zur Programmrevision gaben Anträge, die zuhanden des Parteitages 1976 in Montreux eingebracht und von den Delegierten angenommen worden waren. Die Hoffnung, es werde möglich sein, die Programmrevision am Parteitag 1980 zur Diskussion zu stellen und wenn möglich unter Dach zu bringen, hat sich zerschlagen. Welches sind die Gründe für dieses Zögern?

Ist eine Parteiprogrammrevision überhaupt sinnvoll?

Bekanntlich gibt es Stimmen namhafter Sozialdemokraten, die sich gegen eine solche Revision aussprechen. In diesem Sinne äusserte sich zum Beispiel alt Bundesrat *Graber* anlässlich eines in unserem Blatt veröffentlichten Interviews.¹ Es lässt sich aber auch nicht behaupten, durch die Sektionen der SPS gehe heute eine Grundwelle Richtung Erneuerung unseres Programms.

Man geht wohl nicht fehl mit der Vermutung, dass mindestens ein Teil der Befürworter einer solchen Revision das Winterthurer Parteiprogramm 1959 gar nie richtig gelesen hat. Letzteres verdiente bei näherer Prüfung eine bessere Note, als sie ihm seitens wolkenstürmender Revisionisten zugeschrieben wird. Ich möchte sogar behaupten, dass dieses Programm den Anforderungen an ein modernes sozialdemokratisches Grundsatzprogramm auch heute noch entspricht. Leider wurde versäumt, dieses Programm auch zu popularisieren, so dass es noch zu wenig ins Bewusstsein vor allem der jüngeren Mitglieder gedrungen ist. Wer das Programm un-

¹ «Profil» 12/79.

voreingenommen durchgeht, kommt nicht um die Feststellung herum, dass es längst noch nicht ausgeschöpft wurde. Diese Forderungen sind denn auch bei weitem noch nicht erfüllt. Damit aber fehlt eine wesentliche Voraussetzung für eine Revision.

Das Winterthurer Programm stützt sich auf die

Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Es verzichtet darauf – und dies betrachte ich als einen Fortschritt –, sich auf vermeintliche geschichtliche Notwendigkeiten zu berufen. Demokratie wird da als Wert an sich verstanden und nicht nur als Mittel zum Zweck. Das Programm sagt auch ja zu unserem Staat und zu seiner Verteidigung nach innen und nach aussen. Mit diesem Programm wird keine Flucht nach Utopia unternommen. Stattdessen setzt es sich mit den in der Welt wirkenden Realitäten auseinander.

Insofern ist das Winterthurer Programm zu vergleichen mit dem Grundsatzzprogramm der westdeutschen Sozialdemokratie, dem sogenannten Godesberger Programm. Letzteres geht insbesondere im wirtschaftspolitischen Teil mit der Liberalisierung noch weiter als das Winterthurer Programm. Dies ist der Grund, weshalb das Godesberger Programm auch hierzulande bei der dogmatischen Linken wie eine Art Reizwort wirkt. Die Kritiker aber sollten nicht übersehen, dass die Schöpfer dieses modernen Programms durch die Entwicklung Recht bekommen haben. Seit dessen Inkrafttreten vermochte die westdeutsche Sozialdemokratie ihren Anteil an Wählerstimmen um mehr als 15 Prozent, nämlich auf 46 Prozent, zu steigern. Keine andere Partei im demokratischen Teil Europas kann auf einen solchen Zuwachs zurückblicken. Bei den deutschen Sozialdemokraten besteht denn auch keine Veranlassung, ihr Parteiprogramm zu revidieren. Dies sollte eigentlich gerade der von uns angesprochenen Arbeitsgruppe «Programmrevision» zu denken geben.

Theorie und Praxis

Richtig ist, dass die Sozialdemokraten Österreichs (SPÖ) im Jahre 1978 ein neues Programm aus der Taufe gehoben haben. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass die SPÖ seit dem Inkrafttreten des revidierten Programms (das heisst des zweiten Wiener Programms 1958) Regierungspartei geworden ist. Und zwar hat die SPÖ auch im Parlament die absolute Mehrheit inne. Seit die SPÖ die alleinige Verantwortung im Staat übernehmen musste, sah sie sich zusehends gezwungen, Ballast austromarxistischer Dogmatik über Bord zu werfen. Nur auf diese Weise liess sich vermeiden, dass zwischen Theorie und Praxis ein unlösbarer Widerspruch entstehen könnte. Und wie sieht diese Praxis in Wirklichkeit aus? Kein Geringerer als der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion im österreichischen Nationalrat, Dr. *Heinz Fischer*, hat unlängst über die Ära Kreisky wörtlich ausgeführt:

«Die ‚Ära Kreisky‘, also die Zeit sozialistischer Regierungstätigkeit in Österreich seit 1970, ist zweifellos eine besonders fruchtbare Reformperiode der Zweiten Republik. Sie hat in vielen Bereichen Veränderungen und Innovationen gebracht, aber sie hat die Struktur unserer Gesellschaftsordnung nicht gesprengt und ist auch ihrem eigenen Selbstverständnis nach eine Periode systemkonformer Reformtätigkeit und keine Periode radikaler Systemveränderung.»²

Auch diese Ausführungen sollten eigentlich geeignet sein, die Arbeitsgruppe «Programmrevision» vor Höhenflügen ins Reich der Dogmatik zu warnen.

Vorbild SPÖ

Man kann das neue Parteiprogramm der SPÖ nicht zitieren, ohne an seine Vorgeschichte zu denken. Es fällt nämlich wohltuend auf, mit welcher Gründlichkeit die SPÖ bei der Vorbereitung der Programmrevision zu Werke ging. Im Februar 1976 wurde eine Arbeitskonferenz des Renner-Instituts einberufen, an welcher Wissenschaftler *und* Praktiker die Aufgabe erhielten, einen Katalog zu erarbeiten, indem alle die wichtigen Probleme unserer Gesellschaft zur Darstellung kamen. Nach zahlreichen Hearings mit internationalen Experten aus allen Bereichen der Gesellschaftswissenschaften wurde ein Problemkatalog erstellt, der dem Parteivorstand unterbreitet wurde. Nicht weniger als sechs Kommissionen erarbeiteten darauf einen Programmentwurf. Die Ergebnisse wurden mit Hilfe eines Redaktionskomitees zu einem ersten Diskussionspapier verarbeitet. Es bildete Gegenstand einer ersten konferenziellen Behandlung im Schosse des Bundespartei Vorstandes. In der Folge kamen dann die Organisationen der SPÖ und schliesslich die ganze Öffentlichkeit dazu, sich zu dem Entwurf zu äussern.

Die ganze Programmwerdung dauerte also nur zwei Jahre, und dies in einem Lande, wo die Speditivität nicht gerade zu den hervorstechenden Nationaltugenden gehört.

Diese Geschichte sollte eigentlich dem Parteivorstand der SPS zu denken geben.

In welche Richtung geht die Fahrt?

Von den Befürwortern eines neuen Parteiprogramms wird vor allem ins Feld geführt, das geltende Programm habe sich den bürgerlichen Vorstellungen zu sehr angepasst. Das «Info» der SPZ (Sektionen 1, 2, 6, 7, 8) spricht in der jüngsten Nummer von einer «Anbiederung» und verspricht sich vom neuen Parteiprogramm die Förderung eines «neuen Klassen-

² Aus einem Referat vor der Tiroler Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Innsbruck, veröffentlicht in dem Organ der SPÖ «Die Zukunft».

bewusstseins» (!). Der Einwand der «Anpassung» wurde bereits im Jahre 1959 erhoben. Der damalige Parteipräsident *Walther Bringolf* ist in seiner ausgezeichneten programmatischen Rede vor dem Parteitag 1959 diesem Einwand überzeugend entgegengetreten, indem er aufzeigte, wer sich da im Verlauf der Zeit anpasste und wessen Gedankengut weitgehend Allgemeingut geworden ist:

«Wir wissen, und die jungen Sozialdemokraten sollen es auch wissen, und das ganze Volk soll es erfahren, dass der Kampf um die modernen sozialpolitischen Einrichtungen unseres Landes während Jahrzehnten einzig und allein von der Sozialdemokratie geführt worden ist. Der grosse Durchbruch erfolgte nach dem Ersten Weltkrieg und nach dem Siege des Nationalsozialismus in Deutschland und des Faschismus in Italien. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, dass dieser Durchbruch möglich wurde. Es ist der Erfolg unermüdlicher Arbeit der Genossinnen und Genossen, die im Dienste der Partei und der Gewerkschaften sich aufopfernd für die Idee der sozialen Gerechtigkeit und eines freiheitlichen Sozialismus einsetzen. Noch vor vierzig Jahren verurteilt von Richtern, die die Zeichen der Zeit nicht verstunden, heute anerkannt und bestätigt, heute Gemeingut nicht mehr allein der Arbeiterbewegung, sondern des ganzen Volkes!»³

Offenbar sollen nun aber – wenn man auf das zitierte und wohl gut informierte «Info» abstellen kann – «die Hefte» nach den Vorstellungen der dogmatischen Linken revidiert werden. Diese Vermutung würde noch erhärtet, falls es sich erweisen sollte, dass in der betreffenden Arbeitsgruppe vorwiegend marxistisch orientierte Theoretiker, aber keine Praktiker sitzen. Soll so das Rad der Geschichte sozialdemokratischer Parteiprogramme hierzulande zurückgedreht werden?

Bei allem Respekt vor Marxens grossartigen historischen Verdiensten muss man doch einmal die Frage stellen: Wo steht es denn eigentlich geschrieben, dass dieser Karl Marx für alle Zeiten als Vater der Sozialdemokratie zu gelten habe? Worin liegt denn eigentlich die geschichtliche Bedeutung des Marxismus? Die Antwort kann nur lauten: im Kampf um die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse des Individuums. Nun sind aber in den meisten europäischen Ländern – und so auch in der Schweiz – die Grundbedürfnisse gesichert. Um so differenzierter werden nun die *individuellen* Wünsche zum Ausdruck gebracht. Es sind also die immateriellen Wünsche, die wachsen. Dies wird auch von der radikalen Linken nicht bestritten, betrachtet diese doch den «Wohlfahrtsstaat» nahezu als Schimpfwort. Hier also liegt der Grund, weshalb die sozialdemokratischen

³ Walther Bringolf in «Die Sozialdemokratie gestern, heute, morgen» (Referat, am Parteitag in Winterthur vom 27./28. Juni 1959).

Parteien Mittel- und Nordeuropas nicht darum herumkommen, in ihren Programmen liberales Gedankengut aufzuwerten und zu propagieren. Und gerade deshalb betrachte ich das geltende Parteiprogramm der SPS als nach wie vor modern. Wo aber auf Grund gesellschaftlicher Entwicklung die immateriellen Bedürfnisse im Vordergrund stehen, vermag ich im Marxismus keine adäquate Basis zu sehen. Die Alternative sehe ich in einem Programm eines sozialistischen Humanismus.

Dies soll anhand eines Beispiels verdeutlicht werden: Das geltende Parteiprogramm enthält das Postulat, dass jeder Mensch unabhängig von Herkunft und Besitz seine Anliegen und Fähigkeiten frei sollte entfalten können. Es dürfte wohl niemand wagen, den Antrag zu stellen, es sei diese Forderung nicht in ein neues Programm zu übernehmen. Wer glaubt aber im Ernst, mit dem ideologischen Fundament des Marxismus lasse sich diese Forderung in der Praxis durchsetzen? Der Marxismus hat überall dort, wo er praktiziert wird, Kollektivformen geschaffen, welche die Abhängigkeit des Einzelnen verstärkt statt gemildert haben. Deshalb wundert sich auch niemand, dass in den kommunistischen Staaten Selbstverwirklichung nichts anderes bedeutet als die totale und manipulierte Unterordnung in einem gesellschaftlichen System, welches subjektive geistige und materielle Bedürfnisse als systemwidrig betrachtet.

Wirtschaftspolitische Sandkastenspiele?

Es gibt gewisse Entwicklungen, die man 1959 noch nicht voraussehen konnte und die nun in einem neuen Parteiprogramm berücksichtigt werden müssten. Dies wäre allerdings auch im Rahmen einer Partialrevision möglich. So wurde erst in jüngerer Zeit erkannt, dass lange genug das quantitative Wachstum in der Wirtschaft überschätzt worden war und dass es nun gilt, den Akzent auf das Qualitative zu setzen. So wird man im Hinblick auf ein neues Parteiprogramm das eine oder andere Problem auch aus der Sicht der Lebensqualität beurteilen müssen. Man denke etwa an den Verschleiss von Ressourcen oder an die Inhumanität mancher technischer Entwicklung.

Ich befürchte aber, dass dogmatisch orientierte Befürworter eines neuen Parteiprogramms es in erster Linie auf die Wirtschaftspolitik abgesehen haben: Dieses Gebiet erscheint ihnen als ideales Feld für allerlei Sandkastenspiele. Bereits hört man, im Mittelpunkt des Entwurfs stehe die Idee von der Selbstverwaltung nach dem Muster der jugoslawischen Wirtschaftsverfassung. Hat man sich auch schon überlegt, ob dieses jugoslawische System sich so leicht auf eine industrielle Grosswirtschaft übertragen lasse? Die Aufnahme solcher Postulate in ein neues Parteiprogramm würde dazu beitragen, dass sich der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis unerträglich steigerte. Die Folge aber wäre, dass sich die SPS der Arbeiterschaft noch mehr entfremdete.

Im übrigen ist es einfach kindisch zu glauben, es liesse sich in der

Schweiz, losgelöst vom übrigen Europa, eine bestimmte Gesellschaftsordnung verwirklichen. Die Schweiz könnte nicht «aus dem gesellschaftspolitischen Geleitzug der europäischen Industrieländer ausbrechen, selbst wenn sie es wollte» (Fischer, a.a.O.). Die besagte Arbeitsgruppe wäre daher schlecht beraten, würde sie vor jeder Art Verbalradikalismus und damit vor den realen Kräfteverhältnissen in unserer Gesellschaft die Augen verschliessen.

Für eine offene und umfassende Grundsatzdiskussion

Mit einem neuen Parteiprogramm sollte sich die ganze Parteimitgliedschaft identifizieren können und nicht nur eine Minderheit, mag diese an Parteitagen noch so eklatant übervertreten sein. Ja mehr: dieses Programm müsste über die Grenzen unserer Partei hinaus wirken.

Wie kommen wir zu einem solchen Programm? Die Antwort kann nur lauten: indem es auf breitester Basis diskutiert wird, und zwar im Geiste der Toleranz. Dabei müsste das bisherige Programm im Zentrum der Diskussion bleiben. Bei dieser Auseinandersetzung darf es keine Einbahnstrasse geben. Vor allem geht es nicht an, dass eine progressive Minderheit unwidersprochen erklären kann, sie allein kenne den richtigen Weg zum neuen Programm, und es sei an der Mehrheit, diesen Pfad ebenfalls zu gehen. Viele junge Intellektuelle werden an dieser Auseinandersetzung teilnehmen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, dass da Meinungen von Dogmatikern und Pragmatikern aufeinanderprallen. Eine solche Auseinandersetzung soll gerade im Interesse der Meinungsbildung nicht gescheut werden.

Als ich vor dreissig Jahren in die Partei eintrat, hatte ich oft das Gefühl, jüngere Parteimitglieder hätten Mühe, sich beim Parteiapparat Gehör zu verschaffen. Abweichende Meinungen seitens jüngerer Nonkonformisten wurden gerne mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Parteieinheit in die Schranken gewiesen. Heute stelle ich fest, dass sich gerade dort, wo der Parteiapparat von jungen Mitgliedern beherrscht wird, die gleiche Erscheinung zeigt: indem seitens der Parteileitung versucht wird, unter Hinweis auf die Notwendigkeit der «Parteieinheit» jede unerwünschte Kritik fernzuhalten. Die Nonkonformisten von gestern sind parteiintern zu Konformisten geworden. Dies hat jüngst Fritz *Heeb* im «Volksrecht» unter dem Titel «Die Richtermacher» überzeugend dargelegt. So zeigte auch Rudolf *Strahm* kürzlich in unserer Zeitschrift – gewiss aus edlen Motiven – wenig Verständnis für den Konflikt zwischen Dogmatikern und Pragmatikern⁴. Auch er beruft sich – natürlich aus der Sicht der Linken – auf die Notwendigkeit der Parteieinheit. Dabei sollte kein Grund bestehen, eine solche Konfliktsituation zu beklagen: sie ist gerade Voraussetzung

⁴ Rudolf H. Strahm: «Arbeiter und Linksintellektuelle in der SP» («Profil» 11/79).

einer funktionierenden Demokratie. Es wäre an der Zeit, dass man von dem marxistischen Harmonieglauben Abschied nimmt.

Statt die Einheit der Partei zu beschwören, müsste die Parteileitung darüber nachdenken, welche Führungsaufgabe sie bei der Programmdiskussion zu erfüllen hat. Führungsqualität zeigt sich darin, dass man selbstbewusst die eigene Position vertritt, statt radikalen Vorstellungen einer Minderheit einfach nachzugeben.

Bei der Auseinandersetzung um ein neues Parteiprogramm wird sich erneut erweisen, dass nur aus These und Antithese eine Synthese wird. An seine Erarbeitung muss nicht nur mit Toleranz, sondern auch mit Geduld und Augenmass herangetreten werden. Und vor allem kann eine solche Revision nur im *rationalen* Geist erfolgen. Den Hang zum Irrationalen können wir den Konservativen und – neuerdings – den «Grünen» überlassen. Dies ist, so scheint mir, der einzige Weg zu einem neuen Parteiprogramm.

Durch permanente Fundamentalkritik ist es den dogmatischen Linken in der SPD in einem Jahrzehnt gelungen, die grosse Faszination des Godesberger Programms auf Mitglieder und Wähler erheblich zu dämpfen. Für viele junge SPD-Mitglieder ist Godesberg heute altes Eisen, das nicht mehr lohnt, neu geschmiedet zu werden: keine Fanfare, kein Stimulus für eine euphorische Aufbruchstimmung.

In Wirklichkeit aber weist Godesberg auch nach 20 Jahren einen grundwerteorientierten Weg, der das Vertrauen der grossen Mehrheit unserer Bürger gewinnen kann. Auch nach 20 Jahren gibt es zum Godesberger Programm für den demokratischen Sozialismus keine Alternative. Die bitteren Erfahrungen in den Ländern des östlichen Kommunismus sind ein weiterer Beweis für die Richtigkeit des reformerischen Weges der Godesberger Sozialdemokraten. Wir haben enorme Anstrengungen zu machen, um die zukunftsweisenden Grundforderungen unseres Programms gesellschaftspolitisch durchzukämpfen.

Nur wenn wir die Forderungen und Ziele unseres Programms wieder ins Zentrum der programmatischen innerparteilichen Diskussion rücken und sowohl die ideologischen Glasperlenspiele der dogmatischen Linken als auch den neomarxistischen Sektengeist verdrängen, gewinnen wir die Kraft zur Umsetzung theoretischer Forderungen in politische Wirklichkeit.

Georg Kronawitter, in «Strategie und Taktik der dogmatischen Linken in der SPD».